



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

B/WVE/55 - 7. März 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Die grosse Ernte</u> Bleibt die Währung stabil?	46
2	<u>Der feine und der grobe Ludwig</u> Goethe und das Mikrofon	28
3	<u>Im Dienste Deutschlands</u> Zur USA-Reise Willy Brandts	51
4 - 5	<u>Werden wir ein gutes zweites Fernseh-Programm bekommen?</u> Die Zeit ist reif für zwei Produktionsgruppen Von Peter Blackstein, MdB	67
6 - 7	<u>Frankreichs Linke am Scheideweg</u> Neue Zeiten für Frankreich und Nordafrika Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	76

* * * *

Die grosse Unruhe

Bleibt die Währung stabil ?

sp - Der uberraschungseffekt, den die Bundesregierung ohne Zweifel mit der Mark-Aufwertung erzielte, ist noch nicht abgeebbt, hat aber zur Teil schon einer wachsenden Unsicherheit im öffentlichen Leben Platz gemacht. Darüber täuschen auch keine noch so sicher klingenden Erklärungen von Bundesministern hinweg. Es gibt für diese Unsicherheit mehrere Gründe. Einmal ist es für den Laien kompliziert, die finanzpolitische Maßnahme der Bundesregierung mit allen Konsequenzen übersehen zu können. Zum anderen reagiert aber ein grosser Teil der deutschen Öffentlichkeit einfach nach dem Motto: Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht. Gründe für diese mehr gefuhlmassig ausgesprochene Behauptung hat die Bundesregierung zur Genüge selbst gegeben.

Am 21. Juni 1960 steht im "Bulletin" der Bundesregierung:

"Die Bundesregierung und die Bundesbank erklärten am 17. Juni 1960 mit ausdrücklicher Zustimmung des in Cadix abwesenden Bundeskanzlers, dass die Gerüchte und Spekulationen auf eine Aufwertung der D-Mark jeder Grundlage entbehren".

Im "Bulletin" vom 25. Juni heisst es unter Bezugnahme auf eine Rede Dr. Adenauers beim "Raiffeisen-Tag" in Köln:

"Es ist nicht mit einer Aufwertung der D-Mark in irgendeiner Form zu rechnen (starker Beifall), und jede Spekulation darauf würde ein Misserfolg für den Betreffenden sein, der diese Spekulation macht".

Prof. Erhard sagte laut "Bulletin" vom 30. September 1960 vor der Weltbank:

"Wenn ich von denkbaren konjunkturpolitischen Maßnahmen spreche, liegt es vielleicht nahe, dabei auch an eine Aufwertung der D-Mark zu denken. Bundesregierung und Notenbank haben bereits vor einigen Wochen erklärt, dass eine solche Maßnahme nicht beabsichtigt ist. Dem habe ich nichts hinzuzufügen".

Einen Tag später dann noch zusätzlich im "Bulletin":

"Wie Bundesminister Prof. Erhard, unterstrich auch Blessing, dass die Bundesregierung gegen eine Aufwertung der D-Mark ist. Er sagte: 'Ich wochte heute ganz klar sagen, dass nicht die geringste Absicht besteht, diese Einstellung zu ändern'".

Man könnte noch viel mehr Erklärungen dieser Art zitieren; für heute möge dies genügen, um begreiflich zu machen, warum-in Erinnerung an derartige Versicherungen-die deutsche Öffentlichkeit Grund zur Beunruhigung hat. Im Augenblick wird viel von "Aufwertung" gesprochen. Da hinreichend bekannt ist, dass Fragen des Geldwertes u.a. auch stark von psychologischen Faktoren beeinflusst werden, kursiert jetzt schon das Wort "Abwertung". In der Öffentlichkeit sagt man sich einfach, wenn eine Regierung jahrelang behauptet, sie werde niemals Experimente mit der Währung machen, dann ist es nicht verwunderlich, dass dieselbe Öffentlichkeit misstrauisch wird, wenn die Regierung trotzdem experimentiert. Was heute angeblich "nach oben" experimentiert wird, kann morgen vielleicht auch "nach unten" gehen.

+ + +

Der feine und der grobe Ludwig

Goethe und das Mikrofon

FB. - Diejenigen, die das politische Leben in Bonn schon im "Steinzeitalter" verfolgt haben, werden sich erinnern, wie früher wirtschaftspolitische Debatten im Deutschen Bundestag abliefen. Bundeswirtschaftsminister Erhard gab sich nur "handsärmelig" und für einen Mann, der inmerhin den Professorentitel erworben hat, war sein Verbalinjuriensprachschatz ebenso ungewöhnlich wie umfangreich.

Das hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Fast alle Debatten im Bundestag, die immer die beiden Kontrahenten Prof. Erhard für die Regierung und Dr. Heinrich Deist für die SPD bestritten, verliefen sachlich und instruktiv, und in einer der letzten Aussprachen bemühte Prof. Erhard sogar den alten Goethe und meinte, daß mit Dr. Deist zu debattieren ehrenvoll sei und Gewinn bringe.

Im Bundestag also hat Ludwig gelernt. Wehe aber, wenn er in Versammlungen spricht, oder wenn er allein an das Mikrofon gelassen wird und nicht zu befürchten braucht, daß seinen Argumenten sofort jemand entgegentritt. Dann ist er ganz der alte, wie beispielsweise am Montag, als er im Nord- und Westdeutschen Rundfunk nicht nur die Aufwertung der D-Mark erläuterte, sondern sich auch mit den Argumenten von Dr. Deist beschäftigte. Dann ist das, was der Mann, mit dem im Bundestag es eine Ehre ist zu diskutieren, läppisch, dumm, dann kann das kein denkender Mensch verstehen usw.

Nun, so dumm kann das nun wieder nicht sein, denn mit ihren Sorgen und Bedenken hat die SPD großes Verständnis gefunden. Soll nun Ludwig Erhard ähnlich antworten? Dieser Anstrengung braucht sich die Opposition gar nicht zu unterziehen. Sie antwortet dem Kronprinzen der CDU - Ludwig, bist Du's noch oder bist Du's nicht mehr? - immer am besten mit dem, was sein Regierungschef von ihm festgestellt hat: Von der Politik versteht der Erhard nichts.

+ + +

Im Dienste Deutschlands

ler- Willy Brandt, der Regierende von Berlin und Kanzlerkandidat der deutschen Sozialdemokratie bei den im Herbst fälligen Bundestagswahlen, wird sich an diesen Wochenende zu einer zehntägigen Vorwagsreise nach den Vereinigten Staaten begeben. Die Einladung zu seinem neuen USA-Besuch liegt schon einige Monate zurück. Er wird mit vielen alten Freunden zusammenkommen und wohl auch neue Frende gewinnen. Willy Brandt hat es in seiner Rede vor dem Bonner Presseklub selbst gesagt: er fährt nicht in die Vereinigten Staaten, um dort Wahlreden zu halten. Das widerspricht dem Charakter dieses Mannes und seinen Auffassungen als deutscher Politiker; ausserdem käme solches auf dem Boden der USA auch schlecht an. Das Volk der Vereinigten Staaten liebt es nicht, in die inneren Auseinandersetzungen befreundeter Staaten hineingezogen zu werden, wie es auch äusserst empfindlich reagiert, wenn es in umgekehrter Richtung geschieht, wie es kürzlich geschah...

Willy Brandt reist als Vertreter des demokratischen Deutschland. Diese im Kampf gegen jede totalitäre Gewalt, welcher Natur auch immer, erworbene Legitimation kann ihm niemand bestreiten, der sich den Sinn für Objektivität und Fairness bewahrt hat. Gerade heute, im 12. Jahr der Bundesrepublik, wenige Wochen vor dem Eichmann-Prozess und vor dem Beginn einer auch künstlich hochgepeitschten anti-deutschen Welle braucht das deutsche Volk Männer und Frauen, die bei unseren Verbündeten Vertrauen erwecken und Vertrauen verdienen. Mit den amerikanisch-deutschen Beziehungen steht es nicht gerade zum Besten. Viele erfahrene und aufmerksame Beobachter können diese Feststellung belegen. Viele Deutsche reigen dazu, in der deutsch-amerikanischen Freundschaft etwas zu sehen, das durch nichts erschüttert werden kann. Dem aber ist nicht so. Gerade in den letzten Monaten herrschten manche kühler Bifte zwischen Bonn und Washington, ausgelöst durch teils gewollte, teils ungewollte Missheiligkeiten, die sich bis zur gegenseitigen Verärgerung auswachsen. Viele Amerikaner betrachten die innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik mit Besorgnis, sie bekamen den Eindruck, die Deutschen dächten nur an sich selbst und zu wenig an die anderen, an ihre Mitverantwortlichkeit im Ringen um die Bekämpfung von Hunger, Armut und Krankheiten, den eigentlichen Todfeinden der Demokratie und einer freiheitlichen Entwicklung. Gewiss, man soll diese Stimmungen nicht überbewerten, aber sie sind eben da und werfen manche dunkle Schatten.

Willy Brandt kommt nicht als Verhandlungspartner, er kommt als Dolmetscher eines Volkes, das nach schweren Irrungen und furchtbaren Verfehlungen bemüht ist, zu verhindern, dass sich die Schrecken der Vergangenheit wiederholen. Er kommt auch als Gast, der seinen Gesprächspartnern - unseren Freunden - doch manche Besorgnis abnehmen und damit zu einer fühlbaren Klimaverbesserung beitragen kann, etwa die von aussen genährte Sorge, ein Regierungswechsel in der Bundesrepublik werde die Gesamtposition der westlichen Welt beeinträchtigen. Nun, der Regierende von Berlin und Kanzlerkandidat ist selbst eine überzeugende und kraftvolle Demonstration für das Vorhandensein eines demokratischen Deutschlands, das seine Stellung in der westlichen Lebensordnung endgültig bezogen hat. Willy Brandt reist für Deutschland und wirbt um das Vertrauen für das neue Deutschland bei einem Volke und einer Macht, ohne deren Schutz wir verloren wären - das sollten auch jene bedenken, die glauben, an Willy Brandt ihr partei-egoistisches Mütchen kühlen zu können.

Werden wir ein gutes zweites Fernseh-Programm bekommen?

Von Peter Blachstein, MdB

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist nun der Weg für ein gutes zweites Fernsehprogramm frei. Für die Rundfunkanstalten der Länder ist damit eine Stunde der Bewährung gekommen. Das Urteil schliesst für die Zukunft einseitige parteipolitische Konstruktionen aus, wie sie der Bundeskanzler verfassungswidrig und mit rund hundert Millionen DM Verlust gestartet hatte. Es wird auch kein kommerzielles Fernsehen in Deutschland geben, da Rundfunk und Fernsehen eine öffentliche Angelegenheit sind. Wie aber werden die Länder und die Rundfunkanstalten die beiden Fernsehprogramme organisieren und produzieren?

Es wäre töricht, zu versuchen, so viele Programme zu senden, wie es Anstalten gibt. Das verbietet sich schon wegen der hohen Kosten, die mit der Produktion jeweils verbunden sind. Aber auch die finanzstarken Rundfunkanstalten - die sich das an sich leisten könnten - sollten sich zu einer vernünftigen Zusammenarbeit entschliessen, um mit dem vorhandenen Kapital und den vorhandenen produktiven Kräften zwei gute Programme für die ganze Bundesrepublik und ihre Nachbarn täglich zu senden. Jeder Zuschauer soll allabendlich aus zwei Programmen jenes wählen können, welches ihn mehr interessiert. Beide Programme müssen über die gleichen finanziellen Mittel verfügen.

Alle Zuschauer haben heute bereits neben dem Programm des Deutschen Fernsehens ihr Regionalprogramm. Es ist darum nicht leicht einzusehen, jedenfalls ausserhalb Bayerns nicht, warum der Bayerische Rundfunk sein zweites Programm als Regionalprogramm ankündigt. Wir hoffen, dass auch darüber noch nicht das letzte Wort gesprochen worden ist. Das Urteil von Karlsruhe sollte nicht zu einer unwirtschaftlichen und kulturell isolierenden Kleinproduktion führen.

Die Zeit ist nun reif für zwei Produktionsgruppen der Rundfunkanstalten, die jede ein Programm schaffen, das eine im Kontrast zum anderen, jedem in Deutschland erreichbar - zwei deutsche Fernsehprogramme im Kontrast zu einander, im Wettbewerb miteinander! Die Zeit des Provinzialismus wollen wir nicht konservieren. Es gibt Versäumnisse, die nun entschlossen aufgeholt werden müssen. Ganz allgemein sollte eine Verbesserung der Programmleistungen angestrebt werden, was nur durch Konzentration zu erreichen sein wird. Hinzu kommt die nötige offensive Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, mit den Methoden der staatlichen Herrschaft im Ostblock und vor allem in der Zone. Es gibt dazu schon gute Ansätze, es ist

unverständlich, dass diese bisher nicht von allen Sendern übernommen und mitgestaltet werden.

An der langen Zonengrenze kann die Bevölkerung auf beiden Seiten beide Programme sehen. Das Zonenprogramm ist umfangreicher als das unsere. Darin sehen viele Menschen in diesen Gebieten, während bei uns kein Programm geboten wird, das der Zone. So bald wie möglich, müssen wir die Programmlücken füllen, um mit dem Programm der Zone zu jeder Tageszeit wettbewerbsfähig sein. Die Intendanten der westdeutschen Rundfunkanstalten haben hier eine gemeinsame grosse Aufgabe. Die Versorgung der Bevölkerung der Randgebiete und der Deutschen in der Zone mit Fernsehprogrammen ist eine Gemeinschaftsaufgabe, der sich keine Anstalt entziehen sollte.

Nach der Klärung der rechtlichen Verhältnisse durch das höchste Gericht, ist die Zeit gekommen, den Grabenkrieg zwischen Bundespost und Rundfunkanstalten zu beenden. Die Ankündigung der Post, sie würde "pflichtgemäss" die Konsequenzen erfüllen, die sich aus dem Urteil ergeben, reicht nicht. Beide Seiten sollten bereit sein, ihre Beziehungen neu zu regeln zum Nutzen der deutschen Hörer und Zuschauer. Es gibt schon genug Fehlinvestitionen der Bundespost auf Kosten der Steuerzahler, die sich künftig durch Zusammenarbeit vermeiden werden müssen.

Mindestens ein Jahr ist das zweite Programm des deutschen Fernsehens durch die Parteiinteressen des Bundeskanzlers verzögert worden. Der parteipolitische Übermut der CDU ist gescheitert. Verschiedene Termine sind nun für den Beginn des zweiten Fernsehprogramms festgestellt worden. Das neue Programm muss aktuell und gut sein. Mögen alle Rivalitäten und Eifersüchteleien unter den Anstalten soweit ausgeschaltet werden, dass sie zweckmässige Entscheidungen nicht verhindern. Fünf Millionen Zuschauer, die monatlich fünf DM für das Fernsehen bezahlen, haben ein Recht auf zwei gute Programme zur Auswahl. Für das deutsche Fernsehen beginnt eine neue Periode. Das Urteil von Karlsruhe verpflichtet.

Frankreichs Linke am Scheideweg

Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der Thronwechsel in Marokko, der Besuch des tunesischen Präsidenten Bourguiba bei General de Gaulle und der Beginn der französisch-algerischen Verhandlungen kennzeichnen den Anbruch einer neuen Zeit in den französisch-nordafrikanischen Beziehungen und auch in der französischen Innenpolitik.

Allzu lange lag Frankreich unter dem Druck des Algerienkrieges und im Banne rechtsradikaler Putschdrohungen. Die afrikanische Unabhängigkeitsbewegung und der Widerstand der französischen Demokraten setzten sich schliesslich durch. Die reaktionären und rechtsradikalen Kräfte sind seit ihrer Niederlage im Januar-Volksentscheid bis auf weiteres gelähmt, die Kriegspartei ist desorganisiert, die Linke stösst wieder vor.

Bei normalen politischen Verhältnissen hätte allerdings nicht der General sondern Frankreichs Linke - wenn sie nicht gespalten und entmachteter wäre, - dem nordafrikanischen Krieg ein Ende setzen, den Algeriern die Bruderhand reichen und ein neues Zeitalter im französischsprachenden Afrika beginnen müssen.

Gute Ideen, aber aktionsunfähig

An guten Ideen und Rezepten hat es nicht gefehlt. Mendès-France wies, als er im politischen Schaukelspiel der Vierten Republik einige Monate lang am Ruder war, in Indochina und Tunesien den Weg. Die Sozialisten Defferre, Philip und Depreux entwickelten ähnliche Pläne für ganz Französisch-Afrika.

Die gemeinsame Konstruktion der Rechtsbürgerlichen, der Kommunisten und der ehemaligen Gaullisten vereitelte aber die von den Sozialisten und Landesisten angestrebte rechtzeitige liberale Lösung in Algerien. Vor allem war es aber die Uneinigkeit der französischen Linken, die sie jahrelang aktionsunfähig machte.

So zerbrach die parlamentarische Demokratie der Vierten Republik und de Gaulle wurde als Schiedsrichter zur Macht gerufen. Die Ultras, die ihn auf ihr Schild gehoben hatten, wurden aber bald enttäuscht; der General ging, wenn auch in dem ihm eigenen Stil, in Afrika den von der Geschichte gewiesenen und von den Sozialisten längst empfohlenen Weg der schrittweisen Entkolonisierung und Selbstbestimmung.

Genugtuung und Selbstprüfung

Für die Sozialisten ist dies ein Grund zu nachträglicher Genugtuung und zweitrangigen Kritiken, sollte aber vor allem Anlass zu ernster Selbstprüfung sein. Die Diskussion darüber hat auch in allen französischen Linksparteien begonnen. Was wird nun aus den Parolen "Waffenstillstandsverhandlungen, Frieden in Algerien", von welchen die gesamte Linke seit Jahren lebte

7. März 1961

Welche Wege will man nun gehen, wenn einmal der Frieden in Algerien wieder hergestellt und die Demokratie auch in Frankreich nicht mehr unmittelbar von faschistischen Abenteuern bedroht ist?

Zunächst bemüht man sich, die politische Patenschaft für die beginnenden französisch-nordafrikanischen Gespräche zu unterstreichen. Kein Zweifel, dass auch der General und seine Partei die Wiederherstellung des Friedens in Algerien gründlich für eigene politische Zwecke nutzen werden. Jetzt schon bemüht sich die gaullistische UNR, den Ja-Erfolg des 8. Januar auszuschlachten und 1961 zu einem Jahr der "sozialen Erneuerung" zu machen. Auch die Linksgaullisten (UDF), die sich als eigentliche Pächter gaullistischen Gedankenguts fühlen, werden rege und wollen ihren General Billotte bei einer Nachwahl in einem Pariser Gemeindebezirk als Kandidaten aufstellen.

Neue Initiative:

Die Linksparteien sind dabei nicht untätig. Vor allem die SFIO hat durch ihre Ja-Parolen im Januar an Prestige gewonnen. Mit einer Plakat- und Versammlungsoffensive verstand sie es, die Initiative wieder an sich zu reißen, vor allem gegenüber den Kommunisten, die sich in einer ernststen inneren Krise befinden.

Noch interessanter sind aber die Schritte der Gewerkschaften, die alle, ohne Unterschied der politischen Färbung, also sozialistische, kommunistische und christliche Verbände, mit dem illegalen FIM-Gewerkschaftsbund via Brüssel und Genf die Verbindung aufgenommen und mit den Algeriern gemeinsame politische Erklärungen abgegeben haben. Alle diese Entscheidungen, die von jeder einzelnen französischen Gewerkschaft gemeinsam mit den FIM-Gewerkschaftlern (aber bezeichnenderweise nicht gemeinsam von den französischen Gewerkschaftlern) unterzeichnet wurden, verlangen übereinstimmend Friedensverhandlungen mit der FIM. Das zeigt, wie sehr der Algerienkrieg die einzelnen französischen Gewerkschaften einander genähert hat, wie sehr sie aber auch noch durch politische Differenzen getrennt sind: sie wollen keine politischen Entschliessungen gemeinsam unterschreiben, wohl aber mit dem illegalen FIM-Gewerkschaftsbund.

Morgen vielleicht ein Ruhmesblatt

Wie dem auch sei, vor Jahresfrist wäre dieser Schritt von den Regierenden als Hochverrat angekreidet und verfolgt worden. Der französischen Studentenvertretung UNEF, die auch diesmal in Genf den Gewerkschaftlern kühn voranschritt, wurde im Vorjahr die staatliche Subvention gekürzt, weil sie es gewagt hatte, mit den FIM-Studenten via Lausanne in Verbindung zu treten. Im Februar 1961 denkt niemand mehr an solche Sanktionen. Was gestern noch strafbar war, ist heute geduldet, morgen wird es vielleicht als Ruhmesblatt gelten.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel